



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen und
Beteiligungen -

Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 3. Juli 2024

Vorlagen-Nr. 24-V-01-0015

Planfeststellung - Anhörungsverfahren

Beschluss Nr. 0171

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Es wird zur Kenntnis genommen:

1. Die Abgabe einer Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden im Rahmen dieses Planfeststellungsverfahrens setzt die Beteiligung der städtischen Gremien voraus.
2. Auf Grund der mit den Sommerferien zusammenhängenden sitzungsfreien Zeit ist eine Befassung der Gremien ohne Sondersitzungen nicht möglich.
3. Um Sondersitzungen möglichst zu vermeiden, erfolgt eine Delegation der Entscheidungsbefugnis in diesem Einzelfall auf den Magistrat.

Es wird beschlossen:

In dieser bestimmten Angelegenheit „Höchstspannungsleitung Osterath - Philippsburg (Vorhaben Nr. 2 BBPIG), Abschnitt D1 (Punkt Koblenz - Punkt Marxheim) Anhörungsverfahren gemäß § 22 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) und § 17 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)“ wird die abschließende Beschlussfassung gem. § 50 Abs. 1 Satz 2 HGO auf den Magistrat übertragen.

(antragsgemäß Magistrat 02.07.2024 BP 0369)

Tagesordnung II

Wiesbaden, .07.2024

Dr. Reinhard Völker
Vorsitzender